

den 10. Juli 1910.

Berlin, Sonntag, Die Zeitung erscheint in der Woche zweifach.

Bezugs-Preis: Vierteljährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf., ohne Botenlohn, für ganz Deutschland 9 Mk. ...

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen für England in London bei King, Siegle 30 Bine Street E.C. und Cowie & Co. 19 Creecham Street E.C.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen: Verdingungs-Anzeiger, Hotels- und Bäder-Anzeiger, Vollständige Diebstahl-Listen der Preussischen Klassen-Sellerie, Allgemeine Verlosungstabellen mit Restanten-Listen ...

Insertions-Gebühr: Die viergespaltene Zeile 50 Pf. Restanteil 1 Mk.

Telegramm-Adresse: Börsenfronte. Redaktion und Expedition: Berlin W. 8, Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition. Fernsprecher: Amt I, Nr. 243.

Stier zu als IV. Beilage: Hotel- und Bäder-Anzeiger.

Vom Tage.

Einer Meldung aus Marixau zufolge übergab der Mediziner Senator Reichardt 75 Personen, darunter 11 Stadtoffiziere, wegen Erpressung und Beschädigung dem Gericht.

Wie aus Cherson berichtet wird, ist der Passagierdampfer „Lowky“ nach einem Zusammenstoß mit einem anderen Dampfer infolge Kesselexplosion gesunken. 50 Personen sind schwer verletzt und ein Mann getötet worden.

Die Opposition der freisinnigen Nationalversammlung weigert sich neuerdings, die mohamedanischen Abgeordneten ohne Eidesleistung zu den Sitzungen zuzulassen.

Da die Einigungsverhandlungen mit den streikenden Arbeitern der Meißnerfabrik vom Joh. Faber u. G. ergebnislos blieben, wurden sämtliche Arbeiter der vier größten Meißnerfabriken in Nürnberg ausgesperrt.

Die Krise im österreichischen Reichsrat.

In Wien sieht man mit großem Unbehagen der Zukunft entgegen. Das Abgeordnetenhaus, nicht mehr das alte Kurienhaus, dessen Zusammensetzung man früher für alle Verfassungen des Parlaments verantwortlich zu machen suchte, sondern das auf Grund des allgemeinen Wahlrechts erwachsene Abgeordnetenhaus, das sich gern als Ausdruck des Volkswillens fühlte, hat verlagert, und es war fast selbstverständlich, daß die Regierung den völlig unhaltbar gewordenen Zuständen ein wenigstens vorläufiges Ende durch Verlagerung des Parlaments machte. Es wird natürlich niemand daran denken, die Schuld dem allgemeinen Stimmrecht, der Demokratisierung des Wahlrechts aufbürden zu wollen, diese trägt allein die unglückliche rivalität der Nationalitäten, die von schwächlichen Regierungen thörichtester Weise großgemutet worden ist. In dem großen, kulturell und materiell so entwickeltesten Österreich gibt es, wie der „West. Z.“ treffend bemerkt, so ziemlich alles, nur keine Oesterreicher. Höchstens eine Handvoll im Umkreis des Hofes und der Armee. Eine verhängnisvolle und kurzfristige Politik schaukelt seit Jahrzehnten zwischen den einzelnen Nationalitäten hin und her und lüßt den politischen Vorteil darin, die eine gegen die andere auszuspielen, den Wachsungen der einen durch die Aspirationen der anderen im Zaume zu halten. So schleipst man den Staat von Krise zu Krise, und nichts spricht deutlicher für seine schier unerlöschlichen Hilfsquellen und für seine Dolchnotwendigkeit, als daß Oesterreich trotz alledem prosperiert.

Nirgend ist die Obstruktion in den Parlamenten in so hohem Grade entwickelt, wie an der Donau, und nirgends hat sie zu so betrübenden Resultaten geführt. In richtiger Erkenntnis der Gefährlichkeit dieser Waffe haben die slowenischen Nationalitäten vor einem halben Jahre, als sie sich als Herren der Lage fühlten, das Abgeordnetenhaus und die politische Welt mit einem Antrage auf Einschränkung einer neuen Geschäftsordnung überfallen, welche die Obstruktion unmöglich machen sollte. Dies ist jetzt im Plenum auch der Fall, aber für die Ausschüsse gilt die neue Ordnung nicht, und in diese wurde von Seiten der Slowenen der Kampf verlegt, der tatsächlich das Abgeordnetenhaus arbeitsunfähig gemacht hat.

Die Regierung war den zweifellos berechtigten Wünschen der Italiener nach Errichtung einer Universität entgegengekommen, indem sie eine italienische Rechtsfakultät für die Dauer von 4 Jahren mit dem Sitze in Wien errichten wollte, um ihr später an einem anderen südländischen Orte ein

ständiges Heim anzuweisen. Diese italienische Fakultät besteht gesetzlich schon seit langer Zeit. Sie wurde durch die traurigen Vorgänge in Wien und in Innsbruck an ihrem damaligen Standorte durch die Widergesetzlichkeit der Deutschen unmöglich gemacht. Ihre Professoren befinden sich noch in Amt und Würde, beziehen noch aus dem Mitteln des Staates ihre Gehälter, sie haben nur noch keinen Ort, an dem sie zu ihren Hörern sprechen können. Nun fühlten plötzlich die Slowenen ebenfalls das Bedürfnis nach einer eigenen Universität, obgleich sie im ganzen Reiche nur vier Gymnasien haben, und auch die sind nicht etwa durchaus slowenisch, sondern deutsch und slowenisch. Zum Universitätsbetrieb fehlen hier sämtliche Voraussetzungen: die Zahl der Schüler, die Ausbildung der Sprache, das Gelehrtenpersonal und die selbständigen Forschungen und Schriften. Für einige Dutzend Gymnasialschüler, die jährlich mit dem Zeugnisse der Reife abgehen, sollen besondere Universitäten geschaffen werden! Der Anspruch war direkt trivial, aber er wurde im Budgetauschuss mit allen Mitteln der Obstruktion vertreten. Die Slowenen hielten fundenlange Reden, leise, oft gänzlich unverständlich, häufig in slowenischer Sprache. Dann wurden formale Anträge gestellt, die wieder zu endlosen Auseinandersetzungen Gelegenheit boten, es erhob sich wüster Lärm, wenn man dieser Art von Nebeneiweiß entgegenzutreten wollte und für die Spezialdebatte waren 500 Sonderanträge angefügt, von denen jeder irgend einen anderen Ort als Sitz der italienischen Rechtsfakultät vorschlugen soll; und zu jedem Antrag sollte fundenlang gesprochen werden.

Möchte man nicht schließlich der kleinen slowenischen Gruppe doch noch Herr geworden, wenn nicht plötzlich die Polen der Regierung die Gefolgschaft verlagert hätten und mit unerfüllbaren Forderungen hervorgetreten wären. Sie verlangen die sofortige Einstellung eines ihnen einmal vom Ministerium Koerber gemachten Vorpredens betr. den Bau von Wasserstraßen in Galizien. Wir wollen uns mit dem wirtschaftlichen Wert dieser Kanäle nicht weiter beschäftigen, sondern nur darauf hinweisen, daß hier die Aufgabe von einer Milliarde beansprucht wird, die, wie die Dinge liegen, von keinem Finanzminister, auch nicht von einem polnischen, bewilligt werden könnte. Man kann sogar behaupten, daß, wenn die Regierung auf die Wünsche der Polen scheinbar eingegangen wäre und ein Gesetz über eine Anleihe in der erforderlichen Höhe vorgelegt hätte, die Begeisterung für die Kanäle sich rasch verflüchtigt hätte.

Man weiß nicht recht, was der früher so staatsklug geleitete Polenklub mit dieser offensibaren Provokation bezweckt. Wollen dessen Führer den Ris, der seit einiger Zeit durch die Partei geht und sie zu zerstückeln droht, durch einen solchen Gewaltstreik verkleinern oder hofft man den bösen Eindruck, den die Ereignisse an der Lemberger Universität hervorgerufen haben, durch neue Sensationen zu verweischen? Jedenfalls haben die maßlosen Forderungen der Polen den Becher überfließen lassen.

Was soll nun aber geschehen? Die Regierung hat durch die Verlagerung des Parlaments Zeit gewonnen und mag hoffen, daß inzwischen die erhitzten Gemüter sich abkühlen werden; aber das ist immerhin eine sehr optimistische Annahme. Es ist viel wahrscheinlicher, daß im Herbst, bei Wiedereröffnung der parlamentarischen Arbeiten, der Kampf mit gleicher Erbitterung wieder angeht.

Telegramme.

Duderstadt, 9. Juli. (G. L. C.) Infolge mehrfacher Regenfälle führen die Flüsse im Harz und Thüringerwald sowie die Werra, die Leine und die obere Saale Hochwasser. Der Regen dauert fort. In der letzten Nacht betrug fast überall

in hiesiger Gegend die Niederschlagsmenge 20 bis 30 mm.

Saag, 9. Juli. (G. L. C.) Einer amtlichen Mitteilung zufolge hat der Geschäftsträger des Belgischen Embassies im Namen des Königs am 6. Juli ein Schreiben an den Minister des Innern gerichtet, worin dieser gebeten wird, der Königin mitzuteilen, der Belgier habe mit Bedauern die irrtümliche Auslegung der Konzession in den Niederlanden angenommen und lasse der Königin versichern, daß er darin keineswegs die Fiktion des Hauses Oranien noch die Verfahren der nichtkatholischen holländischen Untertanen im Auge gehabt habe.

Cherson, 9. Juli. (G. L. C.) Heute früh rampte ein aus Odessa kommender Dampfer gegen den Passagierdampfer „Lowky“, dessen Dampfessel explodierte. Der „Lowky“ ging unter, viele Menschen sind ertrunken.

Petersburg, 9. Juli. (G. L. C.) Die Gouvernements Felaterinoklaw, Cherson, Poltawa, der Tsumbeir und das Chirgowskgebiet sind für choleragefährlich, die Gouvernements Wessarabien, Michran, Simbirsk, Mjasan und die Stadt Tiflis für cholera bedroht erklärt worden. (Siehe auch in der I. und II. Beilage.)

Antliche Nachrichten.

Der König hat dem Kapitänleutnant Scheibe vom Reichsmarineamt, dem Direktor des Reichshofes in Meise, Expedier Joseph Reich, dem Amtsgerichtsrat a. D. Dr. Karl Reuthaus, bisher zu Spanbau, jetzt in Konbon, dem Oberlehrer a. D. Professor Valentin Frankowski zu Breslau, bisher zu Gnesen, dem Oberarzt Dr. Otto Stubtmann am Genieoffiziers in Hannover, dem Generaloberstabsarzt vorrücken, Mediziner August Neuburg zu Götterfeld, dem Oberbergamtssekretär, Rechnungsrat Heinrich Piper zu Dortmund, dem Oberpostverwalter a. D. Rechnungsrat Johannes Kurts zu Langensalza, dem Oberpostkontrollor a. D., Zollinspektor Eduard Ritterdorf zu Nikolain im Kreise Sennsburg, den Amtsgerichtssekretären a. D., Rechnungsräten Gustav Habermann und Hermann Haupt zu Landsberg a. W., dem städtischen Oberbuchhalter Julius Seeger zu Stettin, dem Direktor John Wobbe und dem Rentier Julius Cohn, beide zu Berlin, den Räten Oberorden vierter Klasse,

dem Fragattenkapitän Hering vom Reichsmarineamt, dem Geheimen Bauamt Viktor Schlegler, bisherigem Vorstande der Eisenbahnverwaltungen inspektion A in Tempelhof, und Daniel Röh, bisherigem Mitgliede der Eisenbahndirektion in Altona, dem Landesbeamten und Ehrenbürger bei der Kreisabteilung in Münster i. W., Pfarrer Mathias Lorenz zu Dorsten im Kreise Bielefeld, dem Professor Perron zu Münster i. W., und dem Inspektor der königlichen Kunstschule in Berlin, Rechnungsrat Karl Schreiber den königlichen Kronenorden dritter Klasse,

den Leutnants von Borries und von Rosenbergs-Gruszczyński im 1. Garderegiment a. F., dem Fabrikbesitzer Eduard Bausch zu Osnabrück im Kreise Grevenbroich, dem Magistratssekretär Wilhelm Kallisch zu Frankfurt a. D., dem Zollassistenten a. D. Otto Exfert zu Rheine im Kreise Steinfurt, dem Gerichtsvolkshilfe a. D. Julius Doellning zu Galmsee im Landkreise Thurn, dem Oberinspektor Oscar Reinhold zu Groß-Sinna im Kreise Mühlingen, dem Kirchenassistenten Eduard Meyer zu Bries und dem Maschinenmeister a. D. Gustav Kellung zu Emden den königlichen Kronenorden vierter Klasse,

dem Hauptlehrer und Organisten Franz Lerch zu Nieder-Schmirflau im Kreise Rhynin den Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern,

dem pensionierten Gerichtsdiener August Otto zu Berlin die goldene Krone zum Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens sowie

dem Sergeanten Karl Kroch im 5. Hannoverischen Infanterieregiment Nr. 165 die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Der König hat dem Staatsminister von Mollke die Erlaubnis zur Anlegung des von dem König der Belgier ihm verliehenen Großkreuzes des Leopoldenordens erteilt.

Der König hat dem Major von dem Hagen, Adjutanten der Inspektion der Feldartillerie, und dem